

Inhalt

Vorwort	9
1. Flucht	13
2. Der Diplomat	29
3. Psyops	61
4. Der Freiwillige	69
5. Millionen Views	99
6. Der Geschäftsmann	103
7. Spezialkurs an der Staatlichen Universität Moskau	153
8. Die Reporter	159
9. Sawuschkina-Straße	55 189
10. Der Wissenschaftler	195
11. Die Wirkung der Trolle	217
12. Die Denkfabrikantin	225
13. What the F...k??!!	245
14. Der Recherche-Blogger	261
15. Der Prozess	299
16. Die Insiderin	309
17. Die Rückkehr	331
Danksagung	355
Quellen	357

Vorwort

In der Nacht vom 23. zum 24. Februar 2022 stand ich auf, um mein Neugeborenes zu stillen. Als meine Kleine wieder eingeschlafen war, sah ich mich noch auf Twitter um. Unruhig wie ich war, hätte ich ohnehin nicht mehr einschlafen können.

Fast acht Jahre lang hatte ich mich mit dem russischen Informationskrieg und den Auswirkungen von Propaganda in den sozialen Medien befasst. Während dieser ganzen Zeit hatten russische Online-Trolle Hass gegen die Ukraine verbreitet und damit das Fundament für weitere militärische Übergriffe gelegt. Dabei hatten sie jeden ins Visier genommen, der auf die Bedrohung durch den russischen Informationskrieg aufmerksam machte und öffentlich für die Ukraine eintrat.

Während ich so dasaß und durch Twitter scrollte, kam es plötzlich zu einem Tsunami von Tweets: Der russische Präsident Wladimir Putin hatte eine »spezielle Militäroperation« gegen die Ukraine erklärt. Aus verschiedenen Teilen der Republik meldete man Explosionen. Noch während der Ausstrahlung von Putins aufgezeichnete Fernsehsprache wurde klar, dass Russland einen Krieg vom Zaun gebrochen hatte. Russische Soldaten hatten begonnen, ukrainische Städte einzunehmen und verübten bereits Kriegsverbrechen im großen Stil.

Putins Kriegserklärung war ein so erschreckendes wie stereotypes Beispiel für den Informationskrieg des Kreml. Sie griff gleich mehrere als Feinde Russlands deklarierte Parteien an, und richtete sich an verschiedene Zielgruppen: die russische Bevölkerung,

die Ukrainer, die ukrainischen Streitkräfte, die internationale Gemeinschaft, westliche Entscheidungsträger und die Bevölkerung der westlichen Welt.

Wladimir Putin verschärfte seine Hasspropaganda, gelobte jetzt offen und öffentlich, die Ukraine zu »entmilitarisieren und zu entnazifizieren«. Neonazis hätten die Ukraine als Geisel genommen und sich eines Völkermords schuldig gemacht, weshalb Russland laut Putin hatte »intervenieren« müssen. Es war dies nichts weiter als eine auf Lügen gebaute Rechtfertigung für seinen Angriffskrieg. Er stachelte damit die russischen Truppen zu noch schlimmeren Gräueln gegen die ukrainische Zivilbevölkerung an.

Auch an die ukrainischen Streitkräfte appellierte Putin und verfolgte damit ein weiteres Ziel des Informationskriegs: die Truppen des Gegners zu demoralisieren, sie davon zu überzeugen, ihre »neonazistische« Führung gar nicht erst zu verteidigen, sondern sich den Befehlen ihrer Vorgesetzten zu widersetzen, »sofort die Waffen niederzulegen und nach Hause zu gehen«. Außerdem weitete er den Kreis der »Feinde Russlands« weiter aus und bezichtigte die führenden NATO-Länder der Unterstützung der angeblichen ukrainischen Neonazis.

Schließlich drohte Putin dem Westen und der internationalen Gemeinschaft an sich. Er griff verbal alle an, die auch nur versucht sein könnten, sich in Russlands Militärschlag gegen die Ukraine »einzumischen«. Unter solchen Umständen, so drohte Putin, würde Russland »sofort reagieren, und zwar mit Konsequenzen, wie Sie sie in ihrer ganzen Geschichte noch nicht erlebt haben«. Damit beugte er, jedenfalls seiner Ansicht nach, jeder Militärhilfe und anderen Interventionen vor.

Nach Putins Rede setzten hochrangige russische Amtsträger den Informationskrieg fort, indem sie die Möglichkeit eines Dritten Weltkriegs, ja sogar eines Atomkriegs zur Sprache brachten, sollten sich die Dinge nicht im Sinne der russischen Regierung entwickeln. Im Laufe des Frühjahrs stufte der Kreml die Mitgliedsländer

der Europäischen Union als »feindlich« ein und drohte Finnland, Schweden und Bosnien im Falle eines NATO-Beitritts mit Konsequenzen. Das russische Außenministerium hat eine verschleierte Drohung an die zivile Luftfahrt der EU- und NATO-Länder ausgesprochen, sollten sie der Ukraine weiterhin Militärhilfe leisten.

Bei derartigen Äußerungen handelt es sich um Angriffe im Rahmen des russischen Informationskriegs. Sie zielen sowohl auf den Verteidigungswillen der Ukraine selbst, als auch auf die Bereitschaft anderer Länder, sie zu unterstützen.

Währenddessen hat die ukrainische Führung die Welt inständig um Hilfe gebeten: Gewehre, Waffensysteme, schwere Waffen, Kampfflugzeuge. Die Ukrainer benötigen sie, um nicht nur ihr eigenes Land zu verteidigen, sondern auch die internationale Gemeinschaft, die der Kreml ins Visier genommen hat.

Im Frühjahr 2022 scheint der Informationskrieg des Kreml Wirkung gezeigt zu haben: Nicht alle Staats- und Regierungschefs waren sofort nach dem 24. Februar zur militärischen Unterstützung der Ukraine bereit, möglicherweise aus Angst, selbst zur Zielscheibe von Putins Aggression zu werden. Einige westliche Politiker führten die Drohungen des Kreml sogar in ihrer Argumentation gegen eine Unterstützung der Ukraine an.

So versuchte Bundeskanzler Olaf Scholz monatelang, die Lieferung schwerer deutscher Waffen an die Ukraine bewusst zu verhindern. Von den Medien damit konfrontiert, wiederholte er Drohungen aus dem Kreml. Deutschland könne, falls man Panzer schicke, »als Kriegspartei« wahrgenommen werden. Scholz erklärte: »Eine Eskalation in Richtung NATO zu vermeiden, hat für mich höchste Priorität«.*

* »Es darf keinen Atomkrieg geben«, Interview aus DER SPIEGEL (17/2022), <https://www.spiegel.de/politik/olaf-scholz-und-der-ukraine-krieg-interview-es-darf-keinen-atomkrieg-geben-a-ae2acbf-8125-4bf5-a273-fbcd0bd8791c>

Zu diesem Zeitpunkt beging Russland in der Ukraine bereits zwei Monate lang Kriegsverbrechen und Völkermord. Russische Truppen hatten Hunderttausende von Ukrainern, sowohl Erwachsene als auch Kinder, gefoltert, teils gewaltsam nach Russland verschleppt. Man fand Massengräber voll Zivilisten. Russische Soldaten machten selbst vor neun Monate alten Babys nicht Halt. Und dennoch zauderte Bundeskanzler Scholz, einer der einflussreichsten Politiker der westlichen Allianz, der Ukraine die dringend benötigte Hilfe zu gewähren.

Das kommt einer Kapitulation auf Kosten der ukrainischen Zivilbevölkerung gleich. Derlei Entscheidungen westlicher Staatsoberhäupter sind der wesentliche Grund, weshalb der Kreml seinen Informationskrieg führt: Er stoppt auf diese Weise seine Feinde, ohne einen bewaffneten Krieg gegen sie zu führen.

Der Informationskrieg des Kreml stellt eine Bedrohung für die nationale Sicherheit zahlreicher Länder dar. Die Staatsoberhäupter der freien und demokratischen Welt müssen Mittel und Wege finden, ihre Länder gegen das vom russischen Staat gesteuerte Informationsbombardement zu verteidigen. Wir sollten die Angriffe endlich als das anerkennen, was sie sind: kriegerische Handlungen, die sofort aufzudecken und in Echtzeit zu bekämpfen sind. Nur so lassen sich ihre negativen Auswirkungen auf Zivilisten vermeiden, nur so können wir verhindern, dass im Westen weiterhin Bürger dem russischen Informationskrieg zum Opfer fallen.

Ich habe dieses Buch ursprünglich 2018 geschrieben. Es ist mein bescheidener Versuch, der Welt zu zeigen, mit welcher gefährlicher Maschinerie wir es hier zu tun haben und wie sich dieser Informationskrieg gewinnen lässt.

*Jessikka Aro,
Espoo im Juni 2022*

1. Flucht

Im Februar 2017 floh ich aus meiner finnischen Heimat. Unmittelbar vor meinem Abflug hielt ich in Helsinki vor Vertretern der finnischen Nationalpolizei noch einen Vortrag über die Gefahren von Fake News und russischer Propaganda.

Finnland, so hatte man uns in der Schule beigebracht, sei eines der sichersten Länder der Welt. Aber was mich anbelangte, eine einfache Journalistin bei Yleisradio oder Yle, wie man Finnlands öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt gemeinhin nennt, so sah ich mein Grundrecht auf Sicherheit in meiner eigenen Heimat ernsthaft infrage gestellt, und das allein meines Berufes wegen.

Vor meiner unfreiwilligen Ausreise hatte ich eine zweieinhalb-jährige Hetzkampagne hinter mir, die von übler Nachrede in den Medien bis hin zu Morddrohungen reichte. Hassseiten im Internet hatten es sogar geschafft, einige Freunde von mir einer Gehirnwäsche zu unterziehen und zu Feinden zu machen. Diesen Websites zufolge war ich eine Lügnerin, eine Kriminelle, eine Geistesranke. Anonyme User schlugen mir diverse Methoden der Selbsttötung vor. Ein wildfremder Mensch meinte, ich sollte mich aufhängen, ein anderer empfahl einen »russischen Selbstmord«: Jemand sollte mich vor einen U-Bahn-Zug stoßen, aber so, dass es nach einem Suizid aussah. Nach Ansicht eines Dritten sollte »der Hure jemand eine Kugel in den Kopf jagen, nach russischer Art«. Ich brauchte nur meinen Laptop zu öffnen oder einen Blick auf mein Handy zu werfen, schon sah ich mich mit einem schier endlosen Strom auf mich bezogener Mordfantasien konfrontiert.

Ich hatte Angst, die psychische Gewalt im Internet könnte in physische Gewalt umschlagen. Um meine Sicherheit besorgt, ließ ich bei mir unter anderem eine Alarmanlage installieren.

Was mich zur Zielscheibe einer derartigen Bösartigkeit gemacht hatte? Ich war eine investigative Journalistin, die Russlands Informationskrieg in den sozialen Medien aufs Korn genommen hatte. Das war der einzige Grund.

Als ich mich im September 2014 an etwas setzte, woraus schließlich meine weltberühmte Recherche über die Aktivitäten russischer Online-Propaganda-Trolle werden sollte, war ich dreiunddreißig Jahre alt. Mein Leben war unbeschwert; ich spielte mit dem Gedanken, eine Familie zu gründen. Feinde hatte ich meines Wissens keine, und die Online-Welt interessierte sich nicht für mich.

Als Journalistin hatte ich mich auf Russland und extremistische Gruppierungen spezialisiert. Zu Beginn meiner Laufbahn hatte ich eine Zeitlang in Russland gelebt und Präsident Wladimir Putins gesamte Amtszeit über ein Auge darauf gehabt, was für einen Druck sein Regime auf Journalisten ausübte, mit Repressalien bis hin zu körperlicher Gewalt und Mord. Die Reporter, die bei ihren Recherchen über die Vergehen seines Regimes ihr Leben riskierten, waren beruflich Idole für mich.

Zwar hatte ich bereits über Rekrutierungspraktiken von Dschihadisten in den sozialen Medien und über das organisierte Verbrechen geschrieben, zur Hasskampagne gegen mich kam es jedoch erst aufgrund meiner Beschäftigung mit dem internationalen Informationskrieg des Kreml und der Mittel, derer er sich dazu bediente. Meine Peiniger versuchten, mich psychologisch auszupowern in der Hoffnung, ich würde irgendwann schon aus Gründen des Selbstschutzes meine Recherchen über die russi-

schen Operationen aufgeben und meine einschlägigen öffentlichen Äußerungen einstellen.

Durch meine journalistische Tätigkeit war ich durchaus vertraut mit extremem und brutalem Material. Immerhin hatte ich über Kriege berichtet, Naturkatastrophen, Flugzeugabstürze, Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Aber nichts hatte mich auf das unkontrollierbare Buschfeuer diffamierender Memes, Threads, Bilder und Videos im Internet vorbereitet, die alle nur ein Thema hatten: mich!¹

Bevor ich Finnland verließ, tat ich alles in meiner Macht Stehende, um der Hexenjagd ein Ende zu machen oder wenigstens ihre verheerenden Auswirkungen auf mein Leben zu limitieren. So meldete ich Facebook, Twitter und YouTube jene Accounts, die gegen die Gemeinschaftsstandards verstießen, wie sie in den Nutzungsbestimmungen dieser Plattformen umrissen sind. Die Inhalte, so ließen die genannten Unternehmen mich mittels automatisierter Antworten wissen, verstießen keineswegs gegen ihre Gemeinschaftsstandards – und dabei lag das Gegenteil auf der Hand. Faktisch stellten diese Mediengiganten ihre Plattformen nur allzu gern für Content zur Verfügung, der auf staatlich gesponsorte Propaganda und Hassrede hinauslief.

Ich bat den finnischen Sicherheitsdienst – Finnlands Geheimdienst – um Hilfe. Ich klagte meine Frustration einem Polizisten, der mir erklärte, das finnische Recht biete schlicht keine Handhabe gegen die Art von Terror, dem ich mich ausgesetzt sah. Die einzige Möglichkeit wäre ein Strafantrag, aber so ein Verfahren könnte sich über Jahre hinziehen. Online-Propagandisten bedienen sich missbräuchlich der Gesetze und Rechtsordnungen westlicher Staaten, die für die Herausforderungen einer organisierten Verbreitung von Hass im Internet schlicht nicht gerüstet sind. Ich hatte das ungute Gefühl, selbst eine polizeiliche Untersuchung würde kein Ende des Terrors gegen mich garantieren.

Zu meinem Leidwesen behielt ich recht.

Als die Polizei ihre Ermittlungen aufnahm, sahen sich so einige der Beamten selbst aufs Korn genommen und online geschmäht und verleumdet. An sich vertrauliche Polizeiakten fanden ihren Weg an die Öffentlichkeit, und Fake-News-Sites bezichtigten *mich*, eine fingierte Untersuchung gestartet zu haben, was mir noch zornigere Angriffe einbrachte. Ich versuchte, auf die finnische Regierung einzuwirken und schlug eine Änderung der einschlägigen Gesetzeslage vor, um dem russischen Informationskrieg effektiver begegnen zu können. Ergebnis meiner Bemühungen war, dass ich mich erneut verunglimpft sah.

Über die Polizei hinaus bat ich auch meinen Arbeitgeber, Yle, um Unterstützung. Der Schutz seiner Angestellten gehört zu den Obliegenheiten eines Arbeitgebers, während es Sache der Polizei ist, Straftaten aufzuklären. Ich vertraute auf beide. Ich glaubte, man würde die Propagandisten eines Tages zur Verantwortung ziehen. Bis dahin müsste ich nur darauf achten, dass mir nichts passiert.

Die Zeit verging, aber nichts bremste die mafiose Internetgang in ihrer Mission, mein Leben zu ruinieren – meine Glaubwürdigkeit, meine berufliche Reputation. Die Alarmanlagen bei mir zu Hause schützten mich nicht vor dem endlosen Strom an Verleumdungen online, die Tausende gegen mich aufgebracht hatten.

Ich hatte zwei Möglichkeiten.

Entweder ich fuhr mit meinen Recherchen über den russischen Informationskrieg und meiner Aufklärungsarbeit fort und setzte mich damit weiter dem – digitalen wie physischen – Stalking und anderen Vergehen aus.

Oder ich gab meine Recherchen zum Thema auf und zog mich aus der Öffentlichkeit zurück, worauf man mich wahrscheinlich in Ruhe lassen würde.

Eines war klar: Die Drahtzieher hinter meiner Verfolgung versuchten, mich in Richtung der zweiten Option zu bugsieren. Aber aus Respekt vor dem Beruf des Journalisten und meiner Heimat

entschied ich mich fürs Weitermachen. Hätte ich mit meiner Berichterstattung über Russlands Online-Propaganda aufgehört, ich hätte mein Versprechen der Öffentlichkeit gegenüber gebrochen, das die Basis journalistischer Arbeit ist. Es ist die Pflicht des Journalisten, Lesern, Hörern und Zuschauern faktisch richtige Informationen zu vermitteln. Hätte ich, und sei es aus Angst, meine Recherchen über die Trolle und Fake News des Kreml eingestellt, ich hätte meinem Publikum das allgemeine Menschenrecht verwehrt, die Wahrheit zu hören.

* * *

Russische Desinformation in den sozialen Medien, so konnte ich feststellen, gefährdet in einigen Ländern nicht nur die öffentliche Diskussion, sie stellt auch eine Bedrohung für die nationale Sicherheit dar. Entsprechend lag mir daran, die Öffentlichkeit über die Absicht dahinter aufzuklären, politische Stimmung für Russland zu machen; zum anderen wollte ich aufzeigen, wie das Land sich der Social-Media-Unternehmen zur Einmischung in die Angelegenheiten des Westens bedient.

Die Ereignisse im Gefolge meiner Warnungen gaben mir recht: 2016 mischten sich russische Trolle sowohl in die amerikanischen Präsidentschaftswahlen als auch in das britische Referendum über den Verbleib in der Europäischen Union ein; sie förderten die Unabhängigkeitsbestrebungen der Katalanen und schürten in Frankreich die Gewalt während der Gelbwesten-Proteste.

Ich bekam damals eine Menge dankbarer Zuschriften und positives Feedback für meine Arbeit, meine Recherchen wurden rund um den Globus zitiert. Alle Welt lud mich auf Konferenzen ein, und ich gab Interviews in den internationalen Medien.

Aber wenn ich in Finnland eine Straße entlangging, musste ich über die Schulter schauen. Meine schlimmste Befürchtung: ein psychisch instabiler Fake-News-Konsument könnte mich in sei-

nem Zorn überfallen. Die Polizei kam nach einer Bedrohungseinschätzung ebenfalls zu dem Schluss, ich sei in Finnland eine Zielscheibe für impulsive Gewalt – ich bräuchte nur mal zur falschen Zeit am falschen Ort zu sein. Im Ausland dagegen, wo man weder mich noch die Websites kannte, auf denen man gegen mich hetzte, durfte ich wohl sicher sein.

Finnland war, in medialer Hinsicht, eines der sichersten und freiesten Länder der Welt – ist es immer noch. Nur nicht für mich.

Da ich meine Arbeit fortsetzen, weiterhin Informationen austauschen und Aufklärungsarbeit leisten wollte, blieb mir nichts anderes übrig, als Finnland zu verlassen. Schon gar, wenn ich mir endlich meinen sehnlichsten Wunsch erfüllen wollte, Mutter zu werden.

Ich verschenkte, was immer ich nicht unbedingt brauchte, und buchte von Helsinki aus einen One-Way-Flug.

Am Tag meiner Emigration im Februar 2017 hielt ich noch einen Vortrag bei der finnischen Nationalpolizei. Ich schloss mit dem Hinweis, ich würde das Land verlassen. Der Präsident drückte mir die Hand und wünschte mir eine gute Reise.

Zwei Stunden später saß ich im Flieger. Ich wusste nicht, ob ich in meinem neuen Land eine Aufenthalts-, geschweige denn eine Arbeitsgenehmigung bekommen würde. Ich hoffte nur, dass mir der Umzug meine Freiheit zurückbringen würde, und für die war ich bereit, jeden Preis zu bezahlen.

Ich weinte den ganzen Flug über.

Wie ein Dorfbandit

Als finnische Journalistin hatte ich mich Freiheiten erfreut, von denen andernorts viele Reporter nur träumen können. Darüber hinaus sorgen Straf- und Arbeitsrecht bei uns in Kombination mit der institutionellen Selbstkontrolle der Medien für ein sicheres und tragendes Umfeld.

Oder jedenfalls dachte ich das damals.

Im Winter 2013 hatte ich über die Proteste der ukrainischen Bevölkerung gegen ihren korrupten Präsidenten Wiktor Janukowytsch zu berichten begonnen. Im Zuge der Besetzung von Fernsehsendern und Verwaltungsgebäuden durch Kreml-freundliche »Separatisten« im Frühjahr 2014 stellte die Berichterstattung mangels solider faktischer Informationen zunehmend eine Herausforderung dar. Zusätzlich für Verwirrung sorgten die russischen Medien und eine Reihe sonderbarer Websites, die nicht nur die Ukraine als Aggressor in diesem Konflikt propagierten, sondern darüber hinaus auch noch die falsche Behauptung aufstellten, das Land befände sich im Aufruhr, obwohl in Wirklichkeit Russland den Krieg gegen die Ukraine begonnen hatte.

Zuvor schon hatte ich über einen anderen, von russischer Propaganda besonders aufs Korn genommenen Konflikt berichtet, den Fünf-Tage-Krieg zwischen Russland und Georgien 2008. Aber die schiere Zahl weltweiter Fake-News-Kampagnen in den sozialen Netzwerken um Russlands geheime Operationen gegen die Ukraine 2014 überraschten mich dann doch.

Ich hatte schon immer eine Faszination für Konzepte wie nicht militärische Einflussnahme, psychologische Operationen und Propaganda. Nazi-Deutschland und die Sowjetunion haben der Welt gezeigt, wie man das Volksempfinden in den Griff bekommt und die Leute zu loyalen Untertanen erzieht. Zur Machterhaltung und zur Durchsetzung seiner überzogenen politischen Ambitio-

nen brauchte ein Diktator nur die freien Medien zu übernehmen und in ein Megafon des Regimes zu verwandeln – ob nach und nach oder staatstreichartig, spielte dabei keine Rolle.

Eine der effizientesten Methoden der Propaganda war, historisch gesehen, schon immer die Entmenschlichung des Feindes. Ist der Feind erst einmal dämonisiert, ist auch der Krieg gegen ihn gerechtfertigt, was wiederum den Soldaten zum Kampf für eine scheinbar gerechte Sache motiviert.

Die Neurowissenschaften zeigen, warum die Entmenschlichung so wirksam ist: Das menschliche Gehirn neigt von Natur aus zur Einteilung in Schwarz und Weiß und damit zur Diskriminierung. Rassistische Schlagworte und Feindbilder sorgen für heftige psychische Reaktionen und Voreingenommenheit. Diese Tendenz des menschlichen Gehirns zur Diskriminierung veranschaulichte 2006 eine Studie, in der dargelegt werden konnte, dass Versuchspersonen bei der Bewertung von Fotos von Obdachlosen dazu neigten, diese als »minderwertig« zu sehen.² Historisch gesehen hat Dämonisierung immer wieder zu Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit geführt; entsprechend haben viele westliche Staaten Gesetze gegen die Aufstachelung zum Hass auf Minderheiten oder Ethnien verabschiedet.

2014 präsentierten die russischen Staatsmedien die Ukraine als ein von historisch wohlbekanntem Feinden regiertes Land: Faschisten und Nazis. Der Erzählung des Kremls zufolge galt es, das ukrainische Volk zu befreien.

Als ich bemerkte, wie sich die Verschwörungserzählungen um die Ukraine im Internet ausbreiteten, begann ich mich für den russischen Informationskrieg gegen die internationale Gemeinschaft zu interessieren.

Im Herbst 2014 interviewte ich Andrei Illarionow, einen ehemaligen engen Berater Wladimir Putins, dem die internationalen Medien aufschlussreiche Einblicke in Russlands Vorgehen in der Ukraine verdanken. So hatte Illarionow zufolge der Kreml die

Operation gegen seinen Nachbarn bereits mehr als zehn Jahre zuvor geplant. Illarionow hatte Russland 2005 mit der öffentlichen Erklärung verlassen, das Land sei keine Demokratie mehr. Er zog in die Vereinigten Staaten und wurde dort Senior Fellow am Cato Institute.

Illarionows Aussagen zufolge lernte man psychologische Kriegsführung nicht nur an Schulen und Universitäten, man brachte sie auch den höheren Staatsdienern bei. Wie er erklärte, seien die russischen Medien keineswegs unabhängig, sondern Teil einer staatlich gelenkten Maschinerie zur Förderung der politischen Interessen des Kremls. Da sie im digitalen Zeitalter in Sekundenbruchteilen grenzübergreifend wirke, sei die Verbreitung von Online-Propaganda Illarionow zufolge ebenso billig wie effizient.³

Auf meine Frage nach dem Grund für Russlands Informationskrieg sagte er mir, es gehe darum, dem eigenen Volk wie dem Rest der Welt eine Rechtfertigung für den Überfall auf die Ukraine zu liefern. Und dann gehe es auch darum, den großen Zampano herauszukehren.

Es gab aber noch eine weitere Erklärung.

»Dem Kreml«, so sagte er, »ist es wichtig zu zeigen, dass er einen Informationskrieg führen *kann*. Russland ist wie der Dorfbandit, der der Welt zeigen möchte, dass er machen kann, was er will.«

Moderne Massenvernichtungswaffen

2013 flog in St. Petersburg eine sogenannte »Troll-Fabrik« auf. Unabhängige russische Journalisten hatten die Organisation infiltriert und dort als »Trolle« gearbeitet, wie die Propagandaarbeiter sich selbst bezeichneten. Diese Trolle bekamen ein Monatsgehalt dafür, als scheinbar unabhängige und ganz normale Bürger in den sozialen Netzwerken ihre persönliche Meinung zu posten.